

Matthias Möhring-Hesse

Durch Gottes Heil von Armut herausgefordert

Die Kirchen und die Armut in Deutschland

Vor den Türen eines Reichen liegt der arme Lazarus; obgleich hungrig und krank erhält er nicht einmal die Brosamen von den opulenten Mahlzeiten des Reichen. Lazarus und den Reichen trennen Welten, wie es besonders in der Umkehrung ihrer Lebenslagen deutlich wird, die das bekannte Lukas-Gleichnis (Lk 16, 19–31) für die kommende Gottesherrschaft in Aussicht stellt: Während Lazarus nach seinem Tod in Abrahams Schoß zum Heil kommt, muß der Reiche in der Unterwelt qualvoll leiden, weil er – so die Auskunft des unbarmherzigen Abraham – schon zu Lebzeiten seinen Anteil am Heil erhalten hat¹. Was für die Armen eine „frohe Botschaft“ ist, muß offenkundig die Reichen eher beunruhigen. Die deutschen Kirchen jedoch scheinen durch das lukanische Gleichnis nicht besonders herausgefordert zu werden. Das in Deutschland dicht gewebte „soziale Netz“ fängt – so das auch in den Kirchen weitverbreitete Vertrauen in den Sozialstaat – die Menschen in allen Not- oder Risikolagen auf und sichert ihnen einen ausreichenden Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand. Allenfalls nach außen, also im Verhältnis zu den armen Gesellschaften auf der südlichen Welthälfte, macht das Gleichnis vielleicht einen Sinn. Innerhalb der Bundesrepublik aber kommt die im Bild vom armen Lazarus ausgedrückte Armut und Ausgrenzung nicht vor. Bestätigt wird diese Annahme auch von staatlicher Seite: Innen- und sozialpolitisch ist Armut kein relevanter Sachverhalt, jedenfalls kein Anlaß für eine amtliche Armutsberichterstattung.

Doch bereits wenig sensible Zeitgenossen sind schnell vom Gegenteil überzeugt: Auch ohne regierungsamtliche Anerkennung leben in der deutschen Wohlstandsgesellschaft, oder besser innerhalb der Grenzen Deutschlands, zunehmend mehr Arme. Passanten in den Einkaufsmeilen der Großstädte beargwöhnen Obdachlose und jugendliche Cliquen, die dort ihren „Lebensmittelpunkt“ suchen, wo andere ihren Einkauf genießen wollen; Bürger müssen zur Kenntnis nehmen, daß ihre Kommunen wegen steigender Sozialausgaben anderen kommunalen Aufgaben nur noch schwer nachkommen können; kirchliche Gemeinden werden wieder häufiger „in letzter Not“ um Hilfe angegangen. Seriöse Untersuchungen zufolge ist die Anzahl der Armen in den letzten beiden Jahrzehnten auf 7,5 Prozent der Gesamtbevölkerung gestiegen. Wird die Armutsgrenze nicht bei der Hälfte des durchschnittlichen Haushaltseinkommens, sondern etwas darüber,

nämlich bei 60 Prozent dieses Einkommens gelegt, erreicht die Armutsrate sogar 12 Prozent². Um im Gleichnis des Lukasevangeliums zu sprechen: Der arme Lazarus liegt vor unseren Türen. Er lebt insbesondere in der Gestalt von Alleinerziehenden und kinderreichen Familien, von Personen ohne Schul- oder Berufsabschluß und von Arbeitern, vor allem aber in der Gestalt von Ausländern.

Armut im reichen Deutschland

Im Vergleich des jeweils pro Kopf der Bevölkerung erwirtschafteten Bruttosozialprodukts nimmt die Bundesrepublik weltweit eine führende Stellung ein, selbst unter den großen Industriestaaten. Deutschland gehört zu den reichsten Gesellschaften auf dieser Erde, erwirtschaftet und beansprucht also einen überproportional großen Anteil am weltweit verfügbaren „Reichtum der Nationen“. Auf die Bevölkerung wird dieser Anteil jedoch äußerst ungleichmäßig aufgeteilt: Das obere Drittel der privaten Haushalte konnte sich Ende der neunziger Jahre einen Anteil von 57 Prozent des gesamten verfügbaren Haushaltseinkommens sichern; dagegen mußte sich das untere Drittel mit einem Anteil von 16 Prozent abfinden und erhielt damit nur die Hälfte dessen, was ihm proportional eigentlich zustände. Noch drastischer sind die Unterschiede bei der Vermögensverteilung: Während das oberste Zehntel der Vermögensbesitzer über 50 Prozent des Vermögens verfügt, besitzt die untere Hälfte nur weniger als 2,5 Prozent³. Größere Sorgen sollte jedoch bereiten, daß einem relevanten Bevölkerungsteil jeglicher Anteil an dem in der Bundesrepublik verfügbaren Reichtum vorenthalten wird. Ohne ausreichendes Einkommen leben sie in Armut und damit in einer Situation, die der Bevölkerungsmehrheit – trotz der auseinanderklaffenden Einkommens- und Vermögensunterschiede – gänzlich unbekannt ist.

Die in den letzten beiden Jahrzehnten dramatisch angestiegene Armut ist vor allem eine Folge der verfestigten Massenarbeitslosigkeit, die die Bundesrepublik seit Ende der siebziger Jahre prägt. Diese Arbeitslosigkeit ist durch verschiedene strukturelle Faktoren verursacht, vor allem durch den technisch bedingten Anstieg der Produktivität und durch die zunehmende Integration der deutschen Volkswirtschaft in die globalen Märkte. In der Folge hat sich die Beschäftigung vom konjunkturellen Verlauf der Wirtschaft abgelöst. Statt daß Beschäftigungsdefizite in den wirtschaftlichen Aufschwungsphasen behoben wurden, hat sich der Sockel an Arbeitslosigkeit nach jedem Konjunkturereinbruch vergrößert. Dabei hat sich für viele der davon Betroffenen ihre Erwerbs- und Arbeitslosigkeit als individuelles Dauerschicksal verfestigt. Als Langzeitarbeitslose werden sie aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt und erhalten immer weniger eine Chance, jemals von „geregelter Arbeit“ und einem „geregelten Einkommen“ zu leben.

Weil es in der jungen Bundesrepublik – in der Situation des dauerhaften Wachstums und der Vollbeschäftigung – sozialpolitisch darum ging, die Beschäftigten und ihre Familien vor sozialen Risiken (vor allem Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter) abzusichern und dabei ihren erworbenen Lebensstandard zu erhalten, wurde der Sozialstaat auf die Erwerbsarbeit hin ausgerichtet⁴. So werden die Rechte auf alle attraktiven Sozialleistungen durch die Erwerbsarbeit erworben, und die Höhe dieses Sozialeinkommen bestimmt sich durch den vorausgehenden Arbeitserwerb. Lediglich für atypische Lebensbiographien wurde mit der Sozialhilfe ein Auffang- und Hilfeinstrument geschaffen, um Menschen „in besonderen Lebenslagen“ zu unterstützen bzw. in Fällen außergewöhnlicher Not „Hilfe zum Lebensunterhalt“ zu gewähren. An der Struktur des Sozialstaats hat sich über die Jahrzehnte nichts geändert; verändert haben sich aber die sozialpolitischen Ausgangsvoraussetzungen. So verfehlen – vor allem in Folge ihrer dauerhaften Erwerbs- und Arbeitslosigkeit – immer mehr Menschen die Zugangs- und Leistungsvoraussetzungen der sozialen Sicherungssysteme, fallen also durch das komfortable „soziale Netz“ hindurch – und in die Sozialhilfe hinein⁵. Derart verlängert der Sozialstaat die Ausgrenzungen wie auch die unterschiedlichen Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt (vor allem prekäre Arbeitsverhältnisse und Niedrigeinkommen) in randständige Lebenslagen.

Die Zahl der Menschen, die von den Sozialämtern ihrer Kommune „Hilfe zum Lebensunterhalt“ erhalten, hat sich seit den siebziger Jahren verdreifacht und liegt damit bei etwa drei Millionen. Sozialhilfebezug ist zwar noch kein hinreichendes Anzeichen für Armut, aber ein wichtiger Hinweis – vor allen Dingen, wenn für die Betroffenen die kommunale Sozialfürsorge zum Normaleinkommen wurde. Denn die „Hilfe zum Lebensunterhalt“ räumt auf keinen Fall Lebenschancen ein, die auch nur annähernd mit denen vergleichbar wären, die für die Bevölkerungsmehrheit mit mindestens durchschnittlichen Monatseinkommen selbstverständlich sind. Armut hat viele Gesichter und im einzelnen auch verschiedene Ursachen. In einem gleichen sich aber die Lebenslagen der Armen: Im Vergleich zu den Selbstverständlichkeiten der Bevölkerungsmehrheit sind sie unterversorgt. Unterversorgung äußert sich primär in minderen Einkommen, die wiederum nicht nur die materielle Situation der Betroffenen (vor allem Wohnung, Nahrung und Bekleidung) beeinträchtigen, sondern darüber hinaus auch ihre persönlichen Entwicklungs- und sozialen Partizipationschancen drastisch beschneiden⁶. Die Beeinträchtigung der materiellen Lebenssituation wird in der Wohnungsarmut besonders deutlich, daß also zunehmend mehr Menschen aus dem freien Wohnungsmarkt hinausgedrängt werden, viele von ihnen sogar ohne jedes Obdach bleiben. Bei Kindern und Jugendlichen werden dagegen die Entwicklungs- und Partizipationschancen nachhaltig beschädigt. Weil sie unter Bedingungen der Unterversorgung aufwachsen, bleiben sie ohne Qualifikationen, die für die Gleichaltrigen „aus gutem Hause“ selbstverständlich sind.

Gesellschaftliche Spaltung

Die von Armut betroffenen Menschen müssen ihre Unterversorgung individuell meistern: das tägliche Essen und die tagtägliche „Frei“-Zeit, für die Nacht ein Dach über dem Kopf und für den Winter warme Kleidung, manchmal gar Ratenzahlungen für Konsumartikel, die schon längst gepfändet wurden⁷. Doch so sehr sich die Betroffenen auch bemühen: In dem Maß, wie ihre Armut andauert, verschwinden sie aus den sozialen Räumen und Zusammenhängen, die für die Bevölkerungsmehrheit normal sind und deshalb auch die deutsche Wohlstandsgesellschaft bestimmen. An dem normalen Leben können sie nicht mehr teilnehmen, nicht nur weil ihnen das Geld für Fahr- und Eintrittskarten, für das Bier beim Kegelabend und für den „Spiegel“ oder den „Kicker“ fehlt. Oftmals ertragen sie auch den Kontakt zur Wohlstandsgesellschaft nicht mehr; führt ihnen doch der Wohlstand der anderen eine Welt vor Augen, der sie nicht mehr angehören, die sie – resigniert oder frustriert – auch nicht mehr erreichen wollen.

Andererseits verweigert die Bevölkerungsmehrheit den Armen auch jegliche Aufmerksamkeit. Mit dem aufregenden, gleichwohl aber auch ungemein riskanten Leben im Wohlstand vollauf beschäftigt, erscheint ihnen ihr eigener Wohlstand auch als Ergebnis eigener Leistung. Unterstützt durch das neoliberale Loblied auf die persönliche Freiheit unterstellen sie dann aber auch häufig im Kehrschluß, daß diejenigen, die in Armut gefallen sind, das nicht ohne eigene Schuld tun. Was immer an dieser Schuldzuschreibung im Einzelfall auch wahr sein mag, mit dieser Haltung streiten sie jede soziale Verantwortung für die vom Wohlstand ausgeschlossenen Bevölkerungsteile ab. Doch auch wo diese Solidarität noch nicht verweigert wird, scheint sie den meisten durch die Sozialfürsorge ihrer Kommunen bereits hinreichend gedeckt zu werden. Bestätigen doch nicht zuletzt viele der dafür verantwortlichen Politiker, daß es Sozialhilfeempfängern doch recht gut, wenn nicht gar zu gut gehe. Wenn sich die Bevölkerungsmehrheit vielleicht auch noch manchmal daran erinnert, daß es in Deutschland Arme gibt, weiß sie aber nur selten, wie und wo unter welchen Bedingungen und mit welchen Perspektiven diese Armen leben.

Die Armen kommen aber in der „normalen“ Gesellschaft nicht vor. Ihre Erfahrungen bleiben unverstanden und ihre Interessen ungeteilt. In dem Maß, wie sie auf Dauer aus der Wohlstandsgesellschaft ausgeschlossen bleiben, wird aber die soziale Einheit dieser Gesellschaft aufgelöst. Die Gesellschaft grenzt die Wohlstandszonen der Bevölkerungsmehrheit von den sozialen Zusammenhängen der Armen ab. Auf diesem Weg ist Deutschland bereits weit „vorangeschritten“⁸. Zunehmend spalten sich Wohlstand und Armut in unterschiedliche und untereinander kaum noch korrespondierende soziale Zusammenhänge auf, wobei das gesellschaftliche Selbstverständnis fast ausschließlich durch den Wohlstand der Bevölkerungsmehrheit bestimmt wird. „Mental“ bleibt die Bundesrepublik also un-

vollständig, weil sie nämlich von all denjenigen Menschen absieht, die am gesellschaftlichen Wohlstand nicht teilhaben.

Die Bevölkerungsmehrheit scheint von dieser gesellschaftlichen Spaltung zu profitieren. Indem die Armen in die Unterversorgung abgedrängt und aus dem herrschenden Bewußtsein ausgeschlossen werden, bleibt der Anteil der Mehrheit am gesellschaftlichen Reichtum unangetastet. Die ihren Wohlstand bislang sichernden Verfahren werden weder überdacht noch gegebenenfalls in Frage gestellt. Seitens der Bevölkerungsmehrheit gehen deshalb nur äußerst zaghafte Signale an die dafür verantwortlichen Akteure, den von Armut Betroffenen „geregelte Arbeit“ und ein ausreichendes Einkommen zu sichern.

Gleichwohl schlägt die zunehmende gesellschaftliche Spaltung auf die Wohlstandsgesellschaft zurück, trifft sie nämlich in ihrem demokratischen Selbstverständnis⁹. Wenn Armutszonen von der „normalen“ Gesellschaft abgespalten und Bevölkerungsteile dauerhaft ausgegrenzt werden, nehmen einerseits die Konfliktthemen zu, wobei die sozialen Konflikte zugleich an Schärfe gewinnen. Auf der anderen Seite werden die Voraussetzungen der demokratischen Bearbeitung dieser Konflikte schleichend abgetragen. In einer gespaltenen Gesellschaft brechen nämlich jene Gemeinsamkeiten zusammen, auf deren Basis öffentliche Meinungs- und Willensbildung ausgetragen werden kann. Zudem wird die Armutsbevölkerung von den gesellschaftlichen Entscheidungen abgeschnitten, nicht zuletzt weil sie auf Grund ihrer minderen Einkommen an der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung nicht oder zumindest nicht gleichberechtigt teilnehmen kann. Den ausgegrenzten Bevölkerungsteilen werden also nicht nur Lebenschancen, sondern darüber hinaus auch die in der „normalen“ Gesellschaft üblichen Teilhaberechte verwehrt. Infolge der gesellschaftlichen Spaltung droht der Bundesrepublik also, daß sie an demokratischer Substanz verliert und in ihrer zivilen Entwicklung blockiert wird.

Gottes universaler Heilswille

Christen sind in jeder historischen Situation und damit immer wieder neu aufgefordert, die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen, also die theologische Bedeutung ihrer jeweils aktuellen Erfahrungen zu erheben. Auch wenn in der Bundesrepublik die Christen nur selten selbst in Armut leben müssen, sondern mit ihren Kirchen mehrheitlich einen Platz in der Wohlstandsgesellschaft einnehmen, werden sie durch ihren Glauben genötigt, sich auf die Erfahrungen von Armut und Ausgrenzung einzulassen. Der Gott, dessen Heilszusage in den christlichen Traditionen überliefert wird und an den die Christen glauben, hat sich nämlich in besonderer Weise den Armen zugesprochen, wofür das lukanische Gleichnis vom armen Lazarus nur ein besonderes beredtes Beispiel ist¹⁰.

Die frohe Botschaft des Christentums verkündet vor allem die Hoffnung auf das endgültige Heil, das Gott allen Menschen zugesprochen und als Vollendung ihrer Geschichte zugesichert hat. Im Gleichnis vom armen Lazarus wird dieses Heil allerdings im Kontrast zur Armut und sozialen Ausgrenzung in der Geschichte der Menschen ausgesagt. Betrachtet man – wie die Christen und ihre Kirchen dies tun – die biblischen Traditionen als Selbstmitteilung des göttlichen Geheimnisses, dann erscheint soziale Ausgrenzung als eine Verletzung des universalen Heilswillens Gottes. Dagegen offenbart Gott sein Heil als Erlösung gerade der Armen. Gott sagt sein Heil zuvorderst denjenigen zu, die in Situationen des Unheils leben und deshalb seines Heils vor allen anderen bedürfen. Doch das Heil Gottes ist keine Sache allein für das ausstehende Ende der Geschichte. Gottes Heil ist den Menschen vielmehr so nahe, daß es bereits in der Geschichte wirkmächtig ist und durch das Handeln der Menschen Wirklichkeit werden will. Infolge der Option Gottes sind die Armen die ersten geschichtlichen Zeugen seines universalen Heils, gleichsam die sensiblen Seismographen der geschichtlichen Gegenwart der Gottesherrschaft. Entsprechend ist die Solidarität mit den Armen der bevorzugte Ort der Umkehr und der Begegnung mit dem göttlichen Heil. Die Option Gottes für die Armen wird damit zur praktischen Verpflichtung für alle, die an diesen Gott glauben und auf sein Heil hoffen. Durch die Heilzusage Gottes werden die Menschen beauftragt und zugleich befähigt, das göttliche Heil in der Geschichte zu vergegenwärtigen und sich daher in Solidarität mit denjenigen, die vom jeweils konkreten Unheil betroffen sind, für eine Heilung ihrer geschichtlichen Situation zu engagieren.

Armut in Deutschland resultiert – so wurde oben entfaltet – aus gesellschaftlich verhärteten Strukturen der Gesellschaft, die durch ihre Verteilung des verfügbaren Reichtums relevante Bevölkerungsteile mit „Brosamen“ abspeist und aus dem gesellschaftlichen Wohlstand ausgrenzt. Obwohl die notwendigen Ressourcen zur Überwindung von Armut ausreichend vorhanden sind, wird Armut mit- samt ihren persönlichen wie auch sozialen Folgen zumindest in Kauf genommen. Angesichts des verfügbaren Reichtums ist Armut und die sich in ihrer Folge ein- stellende gesellschaftliche Ausgrenzung kein unausweichliches Schicksal, sondern ein politisches Problem, die etablierten Verteilungsstrukturen zu reformieren. Gesellschaftlicher Wille kann also die Spaltung der Menschen in unterschiedliche soziale Räume und Zusammenhänge verhindern bzw. überwinden. In dieser Si- tuation gewinnt das lukanische Gleichnis geradezu eine beängstigende Aktualität: Im Bild vom armen Lazaraus, der vom Reichtum des Reichen ausgeschlossen bleibt, und vom Reichen, der den Armen vor seiner Haustür übersieht und über- geht, läßt sich die zwischen Armut und Wohlstand zunehmend gespaltene Gesell- schaft der Bundesrepublik wiederfinden.

Im Kontext christlichen Glaubens kann die Situation einer gespaltenen Gesell- schaft als „soziale Sünde“, also als eine strukturell verursachte Verletzung des

göttlichen Heilswillens gedeutet werden. Zweifelsohne engagieren sich viele Menschen für diejenigen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, organisieren sich – wenngleich seltener – die Betroffenen selbst, um ihre Interessen in Obdachlosen- oder Arbeitsloseninitiativen politisch zu vertreten, suchen Wohlfahrtsverbände den Armen nicht nur zu helfen, sondern auch deren Schicksal politisch sichtbar zu machen. Dennoch bleiben die Verfahren und Institutionen in Kraft, die die Armut eines großen Bevölkerungsteils und auch die ihrer Armut folgenden Ausgrenzungen verursachen. Strukturell wird damit in der Bundesrepublik das Heil Gottes verfehlt, von dem wir als Christen wissen, daß es Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung erlösen will.

Zu einem entsprechenden Handeln sind die Christen und ihre Kirchen daher auch im Namen ihres eigenen Glaubens verpflichtet. Gefordert sind nämlich nicht nur die politischen Institutionen, die bestehenden Instrumente der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu überprüfen und mit dem Ziel zu reformieren, Armut zu überwinden und den sozial Ausgegrenzten realistische Chancen für ihren Wiedereinstieg in den gesellschaftlichen Wohlstand und damit auch in die „normale“ Gesellschaft zu bieten. Eine solche Reformpolitik wird nämlich nur wahrscheinlich, wenn bei der Bevölkerungsmehrheit die Bereitschaft besteht, die gesellschaftliche Spaltung gemeinsam und nach persönlichem Leistungsvermögen anzugehen und zu überwinden. Eine solche Bereitschaft läßt sich staatlicherseits nicht erzwingen, sondern kann nur aus öffentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozessen als freiwillige Übereinkunft aller entstehen. Diesen Prozeß anzuregen und darin die häufig überhörte Stimme der Armen und Ausgegrenzten zu vertreten, ist gegenwärtig eine der vornehmsten Aufgaben für die Christen und ihre Kirchen.

Auftrag der Kirchen

Indem sich die deutsche Gesellschaft in eine Wohlstandszone für die Bevölkerungsmehrheit und in abgedrängte Armutszonen aufspaltet, verschwindet diese schleichende Spaltung zugleich aus dem öffentlichen Bewußtsein. In der „normalen“ Gesellschaft ist weder das Lebensschicksal der Armen präsent noch deren Ausgrenzung aus dem für alle anderen selbstverständlichen Wohlstand. In den politischen Debatten kommt die Armutsbevölkerung häufig nur noch als Bedrohungspotential in dunklen Straßen und nächtlichen Innenstädten oder aber als ästhetische Belästigung in Einkaufspassagen und auf Domplätzen vor. Die Kirchen sind Teil dieser von Armut absehenden Wohlstandsgesellschaft. Deshalb taucht weder die verfestigte Massen- und individuelle Langzeitarbeitslosigkeit noch die Armut im Zentrum der Kirchen auf, werden also im Erfahrungsraum der Kirchen selbst gar nicht oder zumindest nur äußerst selten wahrgenommen.

Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung sind deshalb eher externe Sachverhalte, zu denen sich kirchliche Akteure bestenfalls verhalten *wollen*, oftmals aber auch nur verhalten *müssen*, weil sie von anderen Stellen auf diese Themen hin angesprochen werden. Wie wenig diese Themen im Zentrum der innerkirchlichen Aufmerksamkeit liegt, zeigt sich daran, daß entsprechende Veranstaltungen von Kirchen- oder Katholikentagen auf nur geringes Interesse stoßen. Entsprechend haben sich auch die kirchlichen Bildungseinrichtungen darauf eingestellt: Mit auf Armut und Arbeitslosigkeit zielenden Angeboten lockt man heutzutage niemand mehr an.

Ogleich keine „Kirche der Armen“, haben sich die deutschen Kirchen – so wurde im letzten Abschnitt theologisch begründet – auf die Erfahrungen der Armen und Ausgegrenzten einzulassen. Für die christlichen Kirchen steht dabei nicht nur ihr in der „Option für die Armen“ ausgezeichnete Auftrag auf dem Spiel, sondern darüber hinaus auch ihre heilsgeschichtliche Identität als geschichtliches Sakrament des eschatologischen Heils. Mag dieser Anspruch theologisch auch überzeugend begründet sein, durch die Präsenz der Kirchen in einer ihre Armutszonen abspaltenden Wohlstandsgesellschaft wird er jedoch ernsthaft problematisiert. Erst im Widerstand gegen gesellschaftliche Spaltungsprozesse antizipieren die Kirchen dagegen die vom göttlichen Heil erhoffte geschwisterliche Gemeinschaft aller Menschen und verkörpern damit die verkündigte Gottes Herrschaft. Nur indem die christlichen Kirchen also ihren Beitrag zur Überwindung gesellschaftlicher Spaltungen leisten, werden sie auch als Sakrament der Einheit erfahrbar, die sie in der eucharistischen Mahlgemeinschaft feiern.

Auf diesem Weg haben sich die Kirchen zuvorderst einmal der Welt der Armen zu öffnen. Dazu müssen sie die gewohnten Räume und Selbstverständlichkeiten der Wohlstandsgesellschaft überschreiten und die gesellschaftlich ausgegrenzten Zonen der Armut aufsuchen. Mit diesem Ziel können etwa Gemeinden eine lokale Ortsbegehung unternehmen, die Armut in der eigenen Region entdecken, die Lebenslagen von Armen kennen- und verstehen lernen und – nicht zuletzt – mit den von Armut und Arbeitslosigkeit Betroffenen ins Gespräch kommen. Gefordert sind die Kirchen also, die Armut zu sichten, die bislang eher unsichtbar ist bzw. unsichtbar gemacht wird.

Darüber hinaus sind die Kirchen durch das Evangelium des universalen Heils beauftragt, „Stimme der Stimmlosen“ zu sein, das heißt denen eine gesellschaftliche Artikulationschance zu vermitteln, die aus der gesellschaftlichen Aufmerksamkeit ausgeschlossen wurden. Dazu haben die Kirchen den von Armut und Ausgrenzung Betroffenen einen Ort der eigenen Artikulation zu verschaffen sowie deren Erfahrungen und Interessen zu gesellschaftlicher Relevanz zu verhelfen. Gegen die Verdrängung der ausgruppierten Bevölkerungsteile besteht der politische Auftrag der Kirchen also vor allem darin, die andere Seite der Wohlstandsgesellschaft, nämlich Armut und Ausgrenzung, in der Wohlstandsgesellschaft

schaft präsent zu machen. Eine hervorragende Gelegenheit, diesen politischen Auftrag wahrzunehmen, bietet sich den Kirchen mit ihrem geplanten gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland.

In vielfältiger Weise und an zahlreichen Orten engagieren sich kirchliche Initiativen und Institutionen bereits in dieser Richtung: Pfarrgemeinden in Regionen, die von Arbeitslosigkeit besonders betroffen sind, unternehmen beschäftigungs-politische Initiativen; die kirchlichen Wohlfahrtsverbände legen Armutsberichte vor und fordern politische Reformen zugunsten ihrer Klientel; Ehren- und Hauptamtliche in den Pfarrgemeinden suchen Kontakte in benachbarten sozialen Brennpunkten oder Asylbewerberheimen. Gleichwohl bleibt dieses Engagement bislang noch eher am Rand der kirchlichen Institutionen und oftmals Sache weniger „Exoten“. Dabei läge es gerade in den Möglichkeiten der Kirchen, dieses Engagement stärker in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten und Institutionen zu rücken und so einen gemeinsamen Erfahrungsraum zu schaffen, in dem die gesellschaftlich ungemein scharfen Grenzen zwischen Wohlstand und Armut wenigstens punktuell überwunden werden können. Voraussetzung dafür ist aber eine kirchliche Verkündigung, die von der deutschen Armutsbevölkerung auch ertragen werden kann, also nicht selbstgefällige „Seelenmassage“ von Menschen betreibt, die sich ihrer Plätze im Wohlstand sicher sind. Vielleicht können sich die Kirchen dazu vom lukanischen Gleichnis inspirieren lassen: Der Heilszuspruch Gottes ist zuvorderst eine frohe Botschaft für die Armen.

ANMERKUNGEN

¹ L. Schottroff, W. Stegemann, Jesus von Nazareth – Hoffnung d. Armen (Stuttgart 1978) 38 ff.

² F.-U. Huster, Neuer Reichtum u. alte Armut (Düsseldorf 1993) 27–46. ³ Ebd. 47–70.

⁴ G. Vobruba, Lohnarbeitszentr. Sozialpolitik in d. Krise d. Lohnarbeit, in: ders., Strukturwandel d. Sozialpol. Lohnarbeitszentr. Sozialpol. u. soz. Grundsicherung (Frankfurt 1990) 11–80; S. Leibfried, F. Tennstedt, Armenpol. u. Arbeiterpol. Zur Entwickl. u. Krise d. Tradition. Sozialpol. d. Verteilungsformen, in: dies., Politik d. Armut u. d. Spaltung d. Sozialstaats (Frankfurt 1985).

⁵ D. Döring, Soz. Sicherung bei Arbeitslosigkeit. Bem. zu Entwicklung, gegenw. Problemen u. mögl. Reformansätzen; M. Ludwig, G. Hegemann-Mahltig, S. Leibfried, Sozialhilfe u. „normale“ soz. Sicherung, beide in: Wie sozial ist d. soz. Sicherung? (Frankfurt 1989) 68–99, 100–133.

⁶ Schott-Winterer, Wohlfahrtsdefizite u. Unterversorgung, in: Armut im Wohlstand (Frankfurt 1990) 56–78; W. Hanesch u. a., Armut in Dtl. Der Armutsber. d. DGB u. d. Par. Wohlfahrtsverb. (Reinbek 1994); R. Hauser, W. Hübiner, Arme unter uns. T. 1: Ergebnisse u. Konsequenzen d. Caritas-Armutsunters., hg. v. Dt. Caritasverband (Freiburg 1993). ⁷ Eindringl. Reportagen: G. Gillen, M. Möller, Anschluß verpaßt. Armut in Dtl. (Bonn 1992).

⁸ Solidarität am Standort Dtl. Eine Erkl. v. Sozialwiss., hg. v. Oswald-v.-Nell-Breuning-Inst. f. Wirtschafts- u. Gesellschaftsethik (Frankfurt 1994). ⁹ Ebd. 14 ff.

¹⁰ C. Boff, J. Pixley, Die Option f. d. Armen (Düsseldorf 1987); G. Collet, „Den Bedürftigsten solidarisch verpflichtet“. Implikationen einer authent. Rede v. d. Option f. d. Armen, in: JCSW 33 (1992) 67–84; P. Rottländer, Option f. d. Armen. Erneuerung d. Weltkirche u. Umbruch d. Theol., in: Mystik u. Politik. Theologie im Ringen um Gesch. u. Ges. (Mainz 1988) 72–88.